



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Kinder- und Jugendbericht ernst nehmen - Empfehlungen umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Der Landtag nimmt den 7. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, den im Bericht und in der Stellungnahme des Landesjugendhilfeausschusses genannten Vorschlägen, Zielstellungen und Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe zu folgen.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

unabhängig von der Erarbeitung eines jugendpolitischen Programms dem Landtag noch im Jahr 2020 ein Konzept zur kurz-, mittel- und langfristigen Umsetzung der Empfehlungen des Berichtes vorzulegen. Die Erkenntnisse aus der Evaluation des KJHG LSA zur Förderung der kommunalen Angebote gemäß §§ 11 bis 14 SGB VIII sind dabei mit einzubeziehen. Das Konzept soll im Dialog mit den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe und dem Landesjugendhilfeausschuss realisiert werden. Im Konzept sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Unmittelbare, langfristige und nachhaltige Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, insbesondere durch unbefristete Verträge und tarifgerechte Bezahlung;
2. verbindliche qualitative und quantitative Mindeststandards für die örtliche Jugendhilfeplanung und deren Vorlage als zwingende Voraussetzung für die Mittelzuweisung im Rahmen des KJHG LSA;
3. systematische und aufeinander bezogene Maßnahmen zur Armutsprävention, das Schließen von Präventionslücken und die Erprobung eines landesweiten Mietpreisdeckels auf KdU-Niveau für Geringverdiener*innen, wie es teilweise in Halle praktiziert wird;

(Ausgegeben am 23.09.2020)

4. Aufnahme des Bildungsschwerpunktes Medienpädagogik in das Bildungsprogramm „Bildung: elementar - Bildung von Anfang an“ und Initiierung einer digitalen Ausstattungsoffensive für Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit (analog zu Digitalpakt Schule), verbunden mit verpflichtenden kostenfreien Fortbildungen für Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit;
5. Entwicklung von personellen Mindeststandards für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in den Landkreisen und kreisfreien Städten und Festsetzung des Jugend(medien)schutzes als verbindlichen Bestandteil der örtlichen Jugendhilfeplanung.

Begründung

Der 7. Kinder- und Jugendbericht zeigt deutlich, dass sich die Situation junger Menschen in Sachsen-Anhalt nicht wesentlich verbessert hat. Die Landesregierung hat in dieser Legislaturperiode kaum etwas für junge Menschen getan. Im Bericht verdeutlichen sich eindrücklich die Defizite in unterschiedlichen Bereichen, von der Jugendarbeit, über den Ausbildungsmarkt bis hin zum Jugend(medien)schutz und dem entschiedenen Kampf gegen Kinderarmut.

Dass der Kinder- und Jugendbericht fast eineinhalb Jahre zu spät kommt, zeigt, dass die Landesregierung diesem Thema keine Priorität beimisst. Reformen und nun auch durch den Bericht festgestellte notwendige Verbesserungen von Strukturen sind in dieser Legislaturperiode aufgrund von Desinteresse verschleppt worden. Daher ist es dringend nötig, dass sich die Landesregierung endlich den jungen Menschen zuwendet und die im Kinder- und Jugendbericht genannten Defizite schnellstmöglich und nachhaltig beseitigt.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender